

**UNTERSCHRIFTENÜBERGABE BEIM CSU-PARTEITAG IN
NÜRNBERG**

UMWELTSCHÜTZER ÜBERREICHEN 520.000 UNTERSCHRIFTEN FÜR NATIONALES GLYPHOSAT-VERBOT AN DIE CSU

Heute haben sich rund 300 Menschen vor dem CSU-Parteitag in Nürnberg versammelt, um gegen Glyphosat zu demonstrieren. Zu der Protestaktion hatten der Bund Naturschutz, die Bürgerbewegung Campact und das Umweltinstitut München aufgerufen. Die drei Organisationen haben insgesamt 523.549 Unterschriften für ein Verbot des Unkrautvernichters in Deutschland gesammelt. Diese übergaben sie an Marlene Mortler (MdB), Mitglied im Parteivorstand.

Karl Bär, Referent für Agrarpolitik am Umweltinstitut München erklärt dazu: „Bei der Wiedezulassung von Glyphosat jagt ein Skandal den nächsten. Dass Landwirtschaftsminister Christian Schmidt von der CSU im Alleingang für das Ackergift gestimmt hat und trotzdem im Amt bleiben darf, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Bundesregierung muss jetzt endlich darauf reagieren und ein nationales Glyphosat-Verbot auf den Weg bringen.“

Richard Mergner, Landesbeauftragter beim BUND Naturschutz, sagt dazu weiter: „Glyphosat steht für eine fehlgeleitete Landwirtschaftspolitik, durch die der Artenrückgang bei Insekten und Vögeln maßgeblich beschleunigt wurde. Wenn wir die Vielfalt unserer Natur bewahren wollen, muss der Pestizideinsatz massiv reduziert werden. Deswegen muss die CSU jetzt ihrer Verantwortung ernst nehmen und sich auf ihrem Parteitag für ein nationales Glyphosat-Verbot einsetzen.“

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 15. Dezember 2017

PM 120/17 LFG

Landwirtschaft

Gerald Neubauer von der Bürgerbewegung Campact richtete sich an Bundeskanzlerin Merkel, die beim CSU-Parteitag anwesend war: „Innerhalb von rund zwei Wochen haben mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland für ein Glyphosat-Verbot unterschrieben. Die Union muss jetzt die Zeichen der Zeit erkennen. Die Menschen wollen eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Landwirtschaft, in der Ackergifte wie Glyphosat keine Zukunft haben.“

Hätte Deutschland sich wie geplant bei der Abstimmung im zuständigen EU-Ausschuss enthalten, wäre keine qualifizierte Mehrheit für die Wiedezulassung von Glyphosat zustande gekommen. Nun ist die Bundesregierung am Zug, ein nationales Verbot für den Unkrautvernichter zu erlassen. Ein solches Verbot ist einem Gutachten des Europareferats des Bundestags zufolge unter strengen Voraussetzungen durchaus möglich. SPD, BÜNDNIS90/Die Grünen und Die Linke fordern bereits einen Ausstiegsplan für die Anwendung von Glyphosat.

Professionelle Bilder zur freien Verwendung finden Sie ab Freitag Nachmittag unter folgendem Link:

https://www.picdrop.de/dieprojektoren/CSU_parteitag_2017

Für Rückfragen:

Umweltinstitut München

Karl Bär
Referent für Agrarpolitik
kb@umweltinstitut.org
Tel: 089 - 30 77 49 16
Mobil: 0176 - 100 94 126

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Martin Geilhufe
Referent für pol. Kommunikation
martin.geilhufe@bund-naturschutz.de
Mobil: 0172 -7954607

Campact

Gerald Neubauer
Campaigner
neubauer@campact.de
Tel: 04231 - 95 74 83
Mobil: 0179 - 73 43 557

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 15. Dezember 2017
PM 120/17 LFG
Landwirtschaft